

In Kreisen, Bezirken und auf Landesebene sollen gemeinsame politische Initiativen entwickelt werden, die für weitere gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen offen sind. Die dabei gemachten Erfahrungen müssen in den Formationsprozess einfließen. Beide Partner wollen Kommissionen oder Arbeitsgruppen beauftragen, die schnellstmöglich ein Parteiprogramm und ein Statut zu entwerfen, über die dann in den Parteien debattiert wird. Spätestens in zwei Jahren wollen wir eine Entscheidung treffen.

Für den Bundestagswahlkampf 2005 gilt ab sofort:

**Zur neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre gibt es endlich eine wählbare Alternative:
Unterstützt die WASGI**

Wählt die Linkspartei und deren KandidatInnen!

Mitmachen – Mitglied werden

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“:

Bitte deutlich schreiben!!!

Vorname / Name:

männlich / weiblich:

Straße / Hausnummer:

Postleitzahl / Ort:

Staat / Bundesland:

Geburtsdatum / Nationalität:

Telefon (mit Vorwahl):

Telefax (mit Vorwahl):

Mobil-Nr.: e-Mail:

Ich bin Mitglied des Vereins (1) WASGI ja nein
Ich möchte Mitglied des Vereins (1) WASGI bleiben ja nein

Meine aktuelle berufliche Situation:

Erwerbstätig Nicht erwerbstätig Erwerbslos
 Schüler/in Student/in Rentner/in

Monatlicher Beitrag:

Orientierungsgröße ist 1% des Nettoeinkommens.

..... Euro

Der Mindestbeitrag für Menschen ohne Einkommen beträgt 1,- Euro.

Zahlungsweise: monatlich / vierteljährlich / halbjährlich / jährlich
per Dauerauftrag / Überweisung / Lastschrift*
*Bitte die Ermächtigung zum Lastschriftverfahren ausfüllen und unterschreiben.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der erfassten Daten über meine Person. Die Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ speichert, verarbeitet und nutzt diese Daten mit Hilfe von Computern ausschließlich zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben.

Ort / Datum / Unterschrift

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten, sowie besondere Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen usw.) einverstanden.

Ort / Datum / Unterschrift

Senden an: **WASG - Die Wahlalternative**
Königswarter Straße 16, 90762 Fürth
Telefax: 0911 / 78073-11, Tel.: 0911 / 78073-10

Ermächtigung zum Beitragsentzug im Lastschriftverfahren

Vorname, Name
Bank
Biz., Kontonr.
Kontoinhaber

Hiermit ermächtige ich widerruflich die Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“, den jeweils von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Der Einzug soll **monatlich / vierteljährlich / halbjährlich / jährlich** jeweils im Voraus erfolgen.

Ort / Datum / Unterschrift

Wir brauchen Geld!

Anders als die etablierten Parteien haben wir keine reichen Sponsoren und auch noch kein Geld aus der staatlichen Parteifinanzierung. Wir sind dringend auf Spenden und Beiträge angewiesen. Parteispenden und Beiträge werden bis zu 825 / 1650 Euro (Ledige/Ehegatten) jährlich zur Hälfte bei der Steuererklärung erstattet. Darüber hinaus gehende Beträge können als Sonderausgaben abgesetzt werden.

Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative
Konto 457 700 000 BLZ 760 800 40 Dresdner Bank Nürnberg

WASG
Die Wahlalternative

www.w-asg.de

WASG?
Wer wir sind
und was wir
wollen

Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

WASG? Wer wir sind und was wir wollen

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) ist eine Anfang 2005 gegründete Partei, die für einen grundsätzlichen Politikwechsel eintritt. Unser Ziel ist es, ein breites gesellschaftliches Oppositionsbündnis gegen den neoliberalen Konsens der Eliten zu schaffen. Die WASG wird keine Politik und keine Regierung unterstützen, die den gegenwärtigen Sozialabbau fortsetzt.

Wir treten ein:

- **für eine Weiterentwicklung des Sozialstaats,**
- **für eine gerechtere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung,**
- **für ein Ende der Umverteilung von unten nach oben und die Stärkung der Binnennachfrage,**
- **für ein solidarisches Sozialversicherungssystem mit stabilen Renten und Gesundheitsversorgung für alle.**
- **Wir lehnen militärische Intervention ab und fordern die strikte Einhaltung des Völkerrechts und der UN-Beschlüsse.**

Wir wollen eine andere Politik

Die Parteien im Bundestag sind sich mit der Bundesregierung und den Landesregierungen in allen wesentlichen Fragen einig. Opposition findet nicht statt. Die in den letzten Jahren von SPD und Grünen, FDP und CDU praktizierte Politik ist gewollt und bedient konkrete Interessen. Darüber täuschen auch gegenteilige Bekenntnisse in den Wahlprogrammen nicht hinweg: Die Reichen sind nicht nur unter Kohl, sondern gerade während der Schröder-Regierung noch reicher geworden.

Gleichzeitig hat die Zahl der Armen, der Erwerbslosen, der Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und der Jugendlichen, die gar nicht erst in Ausbildung und Arbeit kommen, drastisch zugenommen. Und das in der reichsten Periode in der Geschichte dieses Landes. Diese Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden.

Wir sind davon überzeugt: Geld ist genug da, wir leisten gute Arbeit aber die Ergebnisse dieser Arbeit sind ungleich verteilt – und zwar in wachsendem Maß. Ein moderner Sozialstaat, Arbeit für alle, soziale Sicherheit und Zukunftsperspektiven für alle hier lebenden Menschen ist machbar!

Die Renten müssten nicht gekürzt, das Renteneintrittsalter nicht erhöht werden, wenn wieder mehr Menschen in die Kassen einzahlen würden. Die WASG ist für eine Einbeziehung aller Einkommen in die Sozialversicherungen

Die Kranken- und Pflegekassen hätten keine Probleme, wenn alle arbeiten könnten, die wollten. Wir sind für die Versicherungspflicht aller Beschäftigten. Um die Arbeit gerechter zu verteilen brauchen wir eine deutliche und schnelle Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. In allen öffentlichen Bereichen gibt es viel zu tun, deshalb sind wir für öffentliche Beschäftigungsprogramme die Arbeitsplätze schaffen.

Wir sind für die Rücknahme aller so genannten Hartz-Gesetze - dafür gibt es sozialere Lösungen. Dazu brauchen wir ein gerechtes Steuersystem: Starke Schultern müssen wieder mehr tragen, als schwache.

- Wir sind für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und gegen eine Privatisierung von Renten- und Gesundheitsversorgung.
- Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir sind für ein größeres Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Rückführung der privatisierten Bereiche in öffentliches Eigentum.
- Unser Bildungssystem muss erheblich verbessert werden. Die WASG ist für Ganztagschulen und gegen das dreigliedrige Schulsystem, das sich immer mehr als Klippschulsystem erwiesen hat. Bildung darf nicht zur Ware verkommen, die sich nur noch Wohlhabende leisten können. Deshalb sind wir gegen Studiengebühren, Privatisierungen im Bildungsbereich und Eliteuniversitäten.

Warum kandidiert die WASG nicht zum Bundestag?

Wir sind erstmals zu den Landtagswahlen in NRW angetreten. Nach vier Monaten unseres Bestehens 2,2 Prozent zu erzielen ist ein großer Erfolg. Aber organisatorisch und finanziell wäre diese junge WASG kaum in der Lage gewesen, einen flächendeckenden Wahlkampf zu bestreiten. Zudem: Wenn zwei linke Parteien kandidiert hätten, wäre die Gefahr für beide groß gewesen an der 5 Prozent-Sperre zu scheitern. Im neuen deutschen Bundestag wäre damit keine wirkliche politische Opposition vertreten. Die WASG hat sich daher entschieden, zu den Bundestagswahlen im September 2005 nicht konkurrierend zur PDS zu kandidieren. Das real existierende Wahlrecht lässt eine Listenverbindung von zwei Parteien nicht zu. Deshalb haben Mitglieder der WASG für die Listen der Linkspartei kandidiert. Wir haben auch Vorschläge für Programminhalte formuliert. Die Listenaufstellung und das Wahlprogramm liegen aber in der alleinigen Verantwortung und Beschlussfassung der Linkspartei

Warum unterstützt die WASG die Linkspartei?

Die Linkspartei und die WASG wollen eine gemeinsame neue gesamtdeutsche politische Formation der demokratischen Linken bilden, die auch für andere Kräfte offen ist. Mit der Umbenennung der PDS in Linkspartei ist dafür ein erstes wichtiges Signal gesetzt. Angesichts der kurzen Zeit bis zu den Wahlen konnte dieser Prozess nicht abgeschlossen werden. Die Linkspartei hat daher ihre Listen auch für Kandidatinnen der Wahlalternative und unabhängigen Linken auf aussichtsreichen Plätzen geöffnet. Beide Parteien stimmen in vielen Punkten überein.

Mit Blick auf die absehbare Verschärfung der sozialen Konflikte und der gesellschaftlichen Konfrontationen werden Linkspartei und WASG zügig ihren weiteren Verständigungsprozess in programmatischen und strategischen Fragen voranbringen. Es gibt ein tragfähiges Fundament für ein gemeinsames politisches Agieren; zugleich sind in der praktischen Umsetzung aber eine Reihe von offenen Punkten sichtbar geworden, die einer breiten Debatte sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteien bedürfen.